

Niederschrift

über die in der 17. Sitzung des Kreistages
am 23.03.2017 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:07 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:08 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 19:02 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen bis 18.07 Uhr	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein

Sander, Helma
Trenckmann, Bettina bis 18.07 Uhr
Vopersal, Jörg ab 16.17 Uhr
Weber, Otto
Wucherpennig, Brigitte
Gorißen, Dietmar
Prof. Dr. Klapdor, Ralf
Wittenburg, Thomas
Höhn, Birgitt
Krystof, David
Terkatz, Hans-Hermann
Natrop, Mathias
Habicht, Kai
Hayduk, Norbert
Reuter, Tim bis 17.32 Uhr

Kalkar
Goch
Kevelaer
Straelen
Kleve
Kleve
Uedem
Issum
Kevelaer
Goch
Straelen
Kranenburg
Kerken
Geldern
Geldern

entschuldigt sind

Kreutzmann, Andrea
Dr. Prior, Helmut
Sickelmann, Ute
Währisch-Große, Elke
Heinricks, Michael
Severin, Rainer

Geldern
Kleve
Emmerich am Rhein
Rheurdt
Kerken
Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Suerick, Wilfried
Boxnick, Zandra
Keuken, Ruth
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Lamers, Monika

als Schriftführer/in

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Ersatzwahlen 596/WP14
Naturschutzbeirat (vorm. Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde
des Kreises Kleve)
2. Berufung eines neuen Vertreters der katholischen Kirche in den 597/WP14
Schul- und Kulturausschuss

- | | | |
|-----|---|----------|
| 3. | Gute Schule 2020 – Förderprogramm des Landes NRW in Zusammenarbeit mit der NRW.Bank
Konzeption zur Verwendung der Fördermittel im Kreis Kleve | 620/WP14 |
| 4. | Aufwandsentschädigung für Gesellschaften | 609/WP14 |
| 5. | Einführung eines Mängelmelders auf der Internetseite des Kreises Kleve zum 01.04.2017
Antrag der Piratenfraktion vom 02.02.2017 | 608/WP14 |
| 6. | Geschäftsordnung des Kreistages Kleve; § 4 Ältestenrat
Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2017 | 613/WP14 |
| 7. | Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.02.2017
hier: Öffentliche Themen wieder in den Kreistag bringen | 617/WP14 |
| 8. | Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten | 630/WP14 |
| 9. | Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 27.04.2017 | 600/WP14 |
| 10. | Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Kleve | 628/WP14 |
| 11. | Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve | 629/WP14 |
| 12. | Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs | 618/WP14 |
| 13. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar
Beschlussfassung des Entwurfs als Satzung | 598/WP14 |
| 14. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen 40.1 – Streutgens Kamp II) | 594/WP14 |
| 15. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Wachtendonk (41. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wachtendonk und Aufstellung des Bebauungsplans Wachtendonk Nr. 21 – Holleshof) | 595/WP14 |
| 16. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15 – Kerken-Rheurdt
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Rheurdt (10. Änderung des Bebauungsplans Rheurdt Nr. 1 „Meistersweg – An Deckers Nord“) | 599/WP14 |
| 17. | Kreiswettbewerb 2017 „Unser Dorf hat Zukunft“ | 614/WP14 |

18. Mitteilungen
19. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

20. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve 627/WP14
21. Mitteilungen
22. Anfragen

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Wilfried van Haag stellt Fragen zu dem zur Tagesordnung vorliegenden Landschaftsplan Nr. 5, Kalkar, insbesondere zu dem beabsichtigten Schutzgebiet Kalflack. Er führt aus, dass die Kalflack unter Naturschutz gestellt werden soll, der Naturschutz aber auf die Wasserfläche begrenzt ist. Er fragt, ob es die Schutzstreifen von 5 Metern bzw. 10 Metern entlang der Kalflack noch gibt oder diese gestrichen sind. Landrat fordert Herrn van Haag auf, alle Fragen zu stellen. Er weist darauf hin, dass die bereits gestellte Frage mit Blick auf den Tagesordnungspunkt und die Beratung zu der Thematik im Fachausschuss, schriftlich beantwortet wird.

Herr van Haag fragt, ob angesichts der Unsicherheiten, die er bei den Gesprächen bemerkt hat, eine sachliche Möglichkeit besteht, die Verabschiedung des Landschaftsplans Nr. 5 an den Fachausschuss zurück zu überweisen, damit diese Unsicherheiten zuverlässig beseitigt werden können.

Landrat antwortet, dass sich der Fachausschuss mit dem Landschaftsplan, und allen damit zusammenhängenden Fragen, wie auch vorher der Beirat, befasst hat. Im Fachausschuss wurde die Frage erwogen, ob es notwendig und angemessen ist, längere Zeit auf die Beratung zu verwenden. Der Fachausschuss hat sich im Sinne einer möglichst raschen Verabschiedung, und somit auch Umsetzung, des Landschaftsplanes entschieden, diese zusätzliche Beratungszeit nicht zu nehmen, und eine Empfehlung an den Kreisausschuss zu geben.

Herr van Haag fragt nach, ob der Kreistag dazu in der Lage ist, wenn er willens ist, den Landschaftsplan an den Fachausschuss zurück zu überweisen.

Landrat bejaht dies.

Herr van Haag stellt die Frage, ob, sollte der Kreistag den Landschaftsplan beschließen, eine Möglichkeit besteht, dass sich die Regierungspräsidentin Düsseldorf – der Petitionsausschuss des Landtages sowieso – der Sache annehmen, diese prüfen und eine Korrektur veranlassen würde.

Landrat weist darauf hin, dass die Frage sehr weit formuliert ist. Es ist vorstellbar, dass sich die Bezirksregierung und der Petitionsausschuss mit der Angelegenheit beschäftigen. Inwieweit, unter Berücksichtigung rechtlicher Bestimmungen, Veränderungen herbeigeführt werden könnten, möchte er offen lassen. Aber das Ergebnis der Überprüfung müsste extrem sein, damit die Bezirksregierung Düsseldorf in entsprechender Weise tätig werden kann. Der Petitionsausschuss kann nur Empfehlungen geben.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Landrat erklärt, dass keine Unterlagen nachgereicht wurden.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, erklärt KTM Weber, dass er sich zu dem Tagesordnungspunkt 4 für befangen hält.

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 596 /WP14

Ersatzwahlen

Naturschutzbeirat (vorm. Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Kleve)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Als stellvertretendes Mitglied im Naturschutzbeirat wird Herr Reiner Vermeulen gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 597 /WP14

Berufung eines neuen Vertreters der katholischen Kirche in den Schul- und Kulturausschuss

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Als Nachfolger von Herrn Dechant Jürgen Lürwer wird Herr Pfarrer Theo Kröll, Mühlenstraße 44, 47551 Bedburg-Hau, als Vertreter der katholischen Kirche zum ständigen Mitglied mit beratender Stimme in den Schul- und Kulturausschuss berufen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 620 /WP14

Gute Schule 2020 – Förderprogramm des Landes NRW in Zusammenarbeit mit der NRW.Bank

Konzeption zur Verwendung der Fördermittel im Kreis Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

KTM Franken führt aus, dass die SPD-Fraktion in der Sitzung des Kreisausschusses zu den Punkten 2 und 4 des Beschlussvorschlages einen ergänzenden Antrag gestellt hat, der in der Beratung zurückgenommen wurde. Zu Punkt 4 des Beschlussvorschlages wurde fristwährend ein

Antrag für den Schul- und Kulturausschuss gestellt, mit dem Inhalt, dass das Breitbandkonzept für die Schulen dort inhaltlich und fachlich vorgestellt wird. Hinsichtlich Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird das Gesamtkonzept abgewartet. Gegebenenfalls wird die Fraktion dann auf den Schulausschuss zukommen. Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KTM Höhn erklärt, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Sie weist darauf hin, dass es selbstverständlich sein sollte, dass die Schüler in einer angemessenen Umgebung beschult werden. Sie zweifelt an, dass der Kreis ein zukunftsfähiges Konzept hat, was die Förderschulen betrifft. Die Inklusion ist keine Idee des Landes, sondern die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welche auch im Kreis Kleve vorzunehmen ist. Inklusion ist ein Prozess. Auf diesen Weg muss man sich machen.

KTM Prof. Dr. Klapdor begrüßt das Förderprogramm des Landes. Er betont, dass es bei der Inklusion auf den Wunsch der Schüler und der Eltern ankommt. Daher ist es gut, dass der Kreis bei den Förderschulen im erforderlichen Umfang Investitionen vorsieht. Die Entscheidung des Kreises Kleve, das Angebot, welches ein freiwilliges Angebot ist, im vernünftigen Umfang beizubehalten, war gut. Das zeigen Berichte von betroffenen Eltern über das, was durch die überhastete Vorgehensweise im Land bei dem Thema Inklusion nicht funktioniert.

KTM Ulrich schließt sich den Ausführungen des KTM Prof. Dr. Klapdor an. Die CDU-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen. Ihnen liegen die Förderschulen am Herzen. Die von der Landesregierung im Schnellverfahren verordnete schulische Inklusion wird als gescheitert betrachtet. Schulstrukturdebatten dürfen nicht auf dem Rücken der Schüler, der Eltern oder der Lehrer ausgetragen werden. Sie verweist auf die Rückläufer an Förderschulen und fragt in Richtung Bündnis 90/DIE GRÜNEN, warum es zu diesen Rückläufern kommt, wenn das angedachte System so gut ist. Die Investitionen in die Förderschulen werden als gut befunden. Die Qualität der Schulbildung hat oberste Priorität. Sie weist darauf hin, dass die Ministerin auch für das System der Lehrerversorgung zuständig ist. Es gibt zu wenig Sonderpädagogen und Inklusionshelfer. Das System ist nicht auf die Inklusion vorbereitet. Der Kreis hat frühzeitig reagiert, und die Struktur der Förderschulen auf das System der Förderzentren geändert. Sie weist darauf hin, dass im Jahr 2013/14 in NRW 68,5% der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Sonderschulen unterrichtet wurden, und die Zahl 2015/16 immer noch 61,1% beträgt. Die Inklusion ist nicht erfolgreich, schlecht gemacht und schlecht vorbereitet. Die Kinder sollen dort ihre schulischen Möglichkeiten nutzen, wo sie gut aufgehoben sind, und dafür soll alles getan werden.

KTM Wucherpfennig führt aus, dass Inklusion kein Prozess ist, sondern ein Menschenrecht. Die Umsetzung ist ein Prozess. Zudem hat nicht der Kreis Keve, sondern das Land, die Wahlmöglichkeit offen gehalten. Die Probleme, die es in dem Prozess gibt, werden von allen gesehen. Es gibt immer Eltern, die sich eine Inklusion wünschen, und andere, die sich eine Beschulung in einem geschützten Rahmen wünschen. Sie findet es richtig, beide Möglichkeiten vorzuhalten, wie es der Landesgesetzgeber ermöglicht hat. Zudem kann der Ministerin nicht die Schuld an einem Mangel an Sonderpädagogen gegeben werden, denn wenn es keine Sonderpädagogen gibt, oder diese nicht in den ländlichen Raum wollen, so ist dies der Ministerin nicht vorwerfbar.

KTM Habicht stimmt den Ausführungen von CDU und FDP zu. Er vertritt die Auffassung, dass die Schulbildung in den falschen Händen ist. Probleme gibt es nicht nur bei der Inklusion, sondern auch bei G8 / G9. Schulpolitik gehört in die Hände von denen, die etwas davon verstehen. Er vertritt die Auffassung, dass es Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt, die an Regelschulen unterrichtet werden können und dort gut aufgehoben sind. Diese sind jedoch nicht die Menge, und das wird sich über die Jahre auch mehr rauskristallisieren. Er hofft, dass die Inklusion eingestellt wird. Er weist zudem darauf hin, dass der Bereich des Berufskollegs Goch vernachlässigt wurde. Er hat das Gefühl, dass die Schließung des Standortes bereits feststeht.

KTM Franken fordert KTM Habicht auf, sachlich zu bleiben und weniger auf populistische Äußerungen Wert zu legen. Er sollte sachlich und konstruktiv an den Anträgen der Fraktionen mitarbeiten.

ten, die eingebracht werden, und nicht nur generelle Statements abgeben. Er betont, dass er das Landesförderprogramm gut findet, an dem der Kreis Kleve mit 8 Millionen Euro partizipiert. Das Geld ist, so wie vorgeschlagen, gut angelegt. Die SPD-Fraktion schließt sich dem Beschlussvorschlag vollinhaltlich an.

KTM Engler sagt, dass im Kreisausschuss deutlich gemacht und zu Protokoll gegeben wurde, dass, wenn vom Berufskolleg Kleve die Rede ist, immer die Standorte Kleve und Goch gemeint sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Dem Erwerb der Förderzentren in Emmerich am Rhein, Geldern, Goch und Kleve zu den dargestellten Modalitäten wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle erforderlichen Schritte zum Kauf der Förderschulen durchzuführen.

2. Das Konzept zur Sanierung und Modernisierung der kreiseigenen Schulen wird wie vorgeschlagen verabschiedet.

3. Die für den Erwerb der Förderzentren erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2018 zu veranschlagen. Ebenso sind die mit der Durchführung des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ verbundenen Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen in den Haushaltsplänen 2018 ff. zu veranschlagen. Soweit das für 2017 verfügbare Fördervolumen bereits in 2017 in Anspruch genommen wird, werden die erforderlichen Mittel über- bzw. außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

4. Das Breitbandkonzept für die Schulen des Kreises Kleve wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 609 /WP14

Aufwandsentschädigung für Gesellschaften

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss bei 1 Gegenstimme.

KTM Prof. Dr. Klapdor weist darauf hin, dass die FDP die Landesgesetzgebung zu einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende ablehnt. Daher wird dies konsequenterweise auch für die Aufsichtsratsvorsitzenden so gesehen. Die FDP-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

KTM Habicht versteht das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung dahingehend, dass eine Umverteilung von den kleinen Parteien zu den großen Parteien erfolgt. Wer damit einverstanden ist, wird dem Beschlussvorschlag zustimmen. Seiner Meinung nach rechtfertigt der Arbeitsaufwand keine zusätzliche Aufwandsentschädigung. Er weist darauf hin, dass es bestimmt viele Organisationen gibt, die sich über regelmäßige Spenden freuen würden. Er wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag empfiehlt der KKA GmbH und der KKB GmbH, an deren Aufsichtsratsvorsitzenden eine entsprechende Entschädigung nach Maßgabe des § 31 KrO aus Gesellschaftsmitteln zu zahlen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 608 /WP14

Einführung eines Mängelmelders auf der Internetseite des Kreises Kleve zum 01.04.2017
Antrag der Piratenfraktion vom 02.02.2017

Landrat berichtet, dass der Antrag der Piratenfraktion vom 02.02.2017 im Kreisausschuss bei 4 Enthaltungen mit 3 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt wurde. Zu dem Beschlussvorschlag Nr. 2 hat der Kreisausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

KTM Franken erklärt, dass eine getrennte Abstimmung über die Beschlussvorschläge gewünscht ist.

Landrat führt aus, dass er dies mit Blick auf das Ergebnis des Kreisausschusses beabsichtigt hat und für angemessen hält.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen

Beschluss:
Der Antrag der Piratenfraktion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf die Möglichkeit der Nutzung des Mängelmelders aufmerksam zu machen. Die kreisangehörigen Kommunen entscheiden in eigener Zuständigkeit über die Nutzung des Mängelmelders. Der Landrat wird dem Kreistag aus den Gesprächen mit den Kommunen und sich daraus eventuell ergebenden Veränderungen berichten.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 613 /WP14

Geschäftsordnung des Kreistages Kleve; § 4 Ältestenrat
Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2017

Landrat berichtet, dass der Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2017 im Kreisausschuss mit 6 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt wurde.

KTM Franken weist darauf hin, dass es der SPD-Fraktion nicht um ein Gremium geht, das regelmäßig tagen soll um Beschlüsse zu fassen, sondern um die Abstimmung von Verfahrensschritten, zum Beispiel Abstimmungen hinsichtlich Terminverschiebungen oder Abstimmungen unter den Fraktionen, wie Themen von der zeitlichen Reihenfolge in den Gremien behandelt werden sollen. Es wäre opportun, wenn der Ältestenrat regelmäßig tagen würde. Die Meinung des Landrates, dass es keine Veranlassung gab, den Ältestenrat einzuberufen, wird nicht geteilt. Seitens der SPD-Fraktion wird ein Antragsrecht der Fraktionen für die Einberufung des Ältestenrates gewünscht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 18 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2017 wird abgelehnt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 617 /WP14

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.02.2017
hier: Öffentliche Themen wieder in den Kreistag bringen

Landrat berichtet, dass die Anträge der SPD-Fraktion vom 14.02.2017 und der FDP-Fraktion vom 07.03.2017 in der Sitzung des Kreisausschusses durch einen gemeinsamen Antrag von FDP/SPD, mit dem Wortlaut des Antrages der FDP vom 07.03.2017, ersetzt wurden. Er lautet: Die Geschäftsführer der KKB, KKA und WFG berichten 1x jährlich in öffentlicher Sitzung über durchgeführte Maßnahmen ihrer Gesellschaft. Der gemeinsame Antrag von FDP/SPD wurde im Kreisausschuss mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

KTM Prof. Dr. Klapdor erläutert, dass es nicht darum geht, dass der Kenntnisstand der Kreistagsmitglieder unzureichend wäre. Es gibt die intensive Berichterstattung in den Kreistagssitzungen sowie die Mitgliedschaft der Kreistagsmitglieder in den Aufsichtsräten. Dies ist ein gutes und funktionierendes System der Information. Jedoch sind die Sitzungen der Aufsichtsräte, und somit auch die Berichte aus den Gremien, nichtöffentlich. Es wäre sachgerecht, zumindest einmal jährlich, öffentlich über die Belange der Gesellschaften zu diskutieren. Dies wird, im Sinne der Information der Bevölkerung, als zielgerichtetes Verfahren angesehen.

KTM Franken erklärt, dass es der richtige Schritt in die richtige Richtung wäre, wenn über die Themen, die öffentlich sind, auch öffentlich berichtet wird. Es geht nicht darum, gesellschaftsrechtliche Gesichtspunkte in die Öffentlichkeit zu bringen, was rechtlich nicht zulässig wäre.

KTM Ulrich weist darauf hin, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaften durch die Geschäftsführer der Gesellschaften erfolgt. Zudem hat jeder Bürger die Möglichkeit, Details über die Gesellschaften im Bundesanzeiger nachzulesen, mit Offenlegung von Jahresabschluss und Lagebericht. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, im Beteiligungsbericht des Kreises Kleve nachzulesen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion ist dies ausreichend.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 23 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:
Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 630 /WP14

Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Lamers stellt den Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten vor. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

KTM Schmidt führt aus, dass die Ausführungen als Zwischenbericht zu dem im Dezember 2015 beschlossenen Gleichstellungsplan für die Jahre 2016 bis 2018 zu verstehen sind. Im Jahr 2016 waren mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen. Der Anteil blieb in den letzten beiden Jahren konstant. Leider finden sich Frauen tendenziell in den niedrigen Entgelt- und Besoldungsstufen wieder. Bei der Zielerreichung ist man auf einem guten Weg. Allerdings ist der Frauenanteil bei den stellvertretenden Abteilungsleitungen ausbaubar. Bei den Sachgebietsleitungen ist der Frau-

enanteil sogar zurückgegangen. Dem sollte gegengesteuert werden. Bei der Auswertung der Berufsgruppen und Ausbildungsbereiche zeigt sich weiterhin eine geschlechterorientierte Auswahl. Lediglich im Bereich der Technikerinnen erhöhte sich der Frauenanteil. Die Kreisverwaltung zeigt Engagement und Initiative zur Weiterbildung und Qualifizierung von Frauen, und schafft attraktive Angebote zur Frauenförderung. Die Zahlen zeigen, dass Frauen an Weiterbildung und beruflicher Qualifizierung interessiert sind. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf die personelle Struktur der Verwaltung bleiben abzuwarten. Die Möglichkeit der Ausbildung in Teilzeit ist positiv zu sehen, auch wenn für das Ausbildungsjahr 2017 nur eine Teilzeitausbildungsstelle vergeben werden konnte. Der Frauenanteil in Teilzeit ist weiterhin sehr hoch. Dies zeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen hohen Stellenwert, insbesondere bei den Frauen, genießt. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist untrennbar mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbunden. Teilzeitbeschäftigung, insbesondere in den niedrigen Entgeltgruppen, schlägt sich im Alter spürbar in der Rente wieder (Armutsfalle Teilzeit). Führen in Teilzeit wird leider immer noch kritisch gesehen. Hier ist ein Umdenken nötig. Es sind verstärkte Impulse erforderlich, damit Frauen Führungspositionen in Teilzeit übernehmen können. Die CDU-Fraktion begrüßt, dass die Gleichstellungsbeauftragte auch externe Tätigkeiten wahrnimmt. Diese tragen zur Wertschätzung der Gleichstellung in der Öffentlichkeit bei. Das Frauenförderungsgesetz dient der Gleichstellung nicht. Es stellt sich gegen den Grundsatz der Bestenauslese, sorgt für Ungerechtigkeit und ist inakzeptabel, auch für die männlichen Kollegen, und wurde vom Oberverwaltungsgericht als verfassungswidrig erklärt.

KTM Trenckmann nimmt zu dem Tätigkeitsbericht Stellung. Es ist tatsächlich noch viel zu tun. Der Kreis Kleve muss den verfassungsmäßigen Auftrag der Förderung der Frauen engagiert verfolgen. Öffentliche und private Arbeitgeber sind verpflichtet Frauenkarrieren zu fördern. Dieser Forderung muss sich der Kreis Kleve besonders stellen. Ein Abgleich mit dem Gleichstellungsplan zeigt, dass die Zielvorgaben hinsichtlich der Stellenunterrepräsentation bei herausgehobenen Stellen, und den Positionen mit Aufstiegsmöglichkeiten, nicht eingehalten werden. Die modulare Qualifikation gibt Anlass zur Hoffnung. Für die Zukunft werden weitere weibliche Führungskräfte gebraucht. Dramatisch findet die SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang die Besetzung der Ausbildungsstellen für die Inspektorenlaufbahn. Obwohl mehr Frauen als Männer zu den Vorstellungsgesprächen eingeladen wurden, ging nur eine Ausbildungsstelle an eine Frau. Dies ist nicht nachvollziehbar. Auch bei den Leistungsprämien sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Die Beurteilungen im höheren und gehobenen Dienst fallen für Frauen deutlich schlechter aus, was verwunderlich ist. Gleiches gilt für Teilzeitbeschäftigte. Das hat erhebliche Bedeutung für künftige Höhergruppierungen. Entsprechend der schlechten Beurteilungen und des überproportionalen Anteils von Frauen in Teilzeit, sind nur etwa 1/3 der leitenden Positionen beim Kreis Kleve mit Frauen besetzt. Es ist an der Zeit, Frauen, die bereit sind, für Führung in Teilzeit zu fördern. Mutterschaft und damit verbundene Familienarbeit, die meist von Frauen geleistet wird, darf nicht Karrierekiller Nummer 1 bleiben. Sie weist darauf hin, dass bereits 2015 gebeten wurde, im Bericht aufgelistet zu bekommen, in welchem Umfang individuelle Beratungsgespräche und Mitwirkungsaufwand bei Beförderungen und Einstellungen innerhalb der Verwaltung erfolgen, um einen Eindruck zu bekommen, wie viel der 25 Wochenstunden der Gleichstellungsbeauftragten für Tätigkeiten in der Öffentlichkeit verbleiben. Die SPD-Fraktion würde eine Vollzeitstelle unterstützen, wenn dies gewünscht ist. Zudem weist KTM Trenckmann darauf hin, dass sie sich einen erweiterten Internetauftritt wünschen würde. Der Internetauftritt könnte zudem attraktiver gestaltet werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass junge Frauen meinen, Gleichstellung sei kein Thema für sie.

KTM Krystof führt aus, dass Frauen, aber auch Inter- und Transmenschen, in der Gesellschaft immer noch weniger respektiert werden als Männer. Die angestrebten Ziele sind noch nicht erreicht. Der Bericht zum Frauenförderplan spiegelt das leider typische, und nach Auffassung der Fraktion, kritische gesellschaftspolitische Bild wieder, dass Familienaufgaben zu über großen Teilen Frauen aufbürdet und sie im beruflichen Alltag dafür auch noch bestraft. Wer die Aufgaben vereinbaren will, und dies in Teilzeit machen möchte oder muss, wird beruflich diskriminiert. Im Westen der BRD arbeiten Frauen zu großen Anteilen in Teilzeitmodellen und haben dazu auch

Anlass, da Betreuungsangebote für Kinder oder zu pflegende Angehörige fehlen. Der Preis dafür ist auch in der Kreisverwaltung Kleve sichtbar. Teilzeitbeschäftigte werden als weniger leistungsstark bewertet, ihnen wird seltener Führung zugetraut und Verantwortung übertragen. Offensichtlich liegt Diskriminierung vor, weil Leistungsstärke von Frauen gar nicht erkannt wird. Zu Vätern mit Familienaufgaben führt er aus, dass er davon ausgeht, dass es sich um sogenannte 2-Monats-Väter handelt. Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zeigt, dass sich eine Elternzeit nicht auf die Löhne von Vätern auswirkt. Anders sieht das bei Teilzeit aus. Diese ist mit Lohneinbußen verbunden. Das lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass der Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung als Signal für mangelndes berufliches Engagement verstanden wird, und entweder durch geringe Entlohnung, oder das Ausbleiben einer Lohnerhöhung oder Beförderung, sanktioniert wird. Wenn das Wissen um die sozialpolitischen Schieflagen für einen echten Abbau der Diskriminierung derer, die Familienaufgaben zu übergroßen Teilen schultern, genutzt wird, dann wird ein echter Beitrag zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung beim Kreis Kleve geleistet. Aus Sicht der Fraktion wurde die Notwendigkeit einer tatsächlichen Gleichberechtigung nicht erkannt. Teilzeit ist beim Kreis Kleve Frauensache. Es ist ein Gesellschaftsmodell, das für Frauen ungleiche Chancen manifestiert, und männliche Normen stabilisiert. Der Kreis Kleve lässt Chancen verstreichen und nutzt Gelegenheiten nicht. Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden. Das ist die Aufgabe, die es umzusetzen gilt. KTM Krystof schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass die farbige Differenzierung im Bericht im schwarz-weiß Druck nur schwer erkennbar ist, und empfiehlt die Verwendung schraffierter Flächen.

KTM Prof. Dr. Klapdor sagt, dass über den Gleichstellungsbericht des Kreises Kleve als Arbeitgeber gesprochen wird. Er möchte seine Ausführungen auf den Ist-Stand bei der Kreisverwaltung Kleve und bestehenden Nachbesserungsbedarf konzentrieren. Beim Anteil weiblicher Führungskräfte könnte es schneller vorangehen, aber es geht in die richtige Richtung. Das ist nicht das Grundproblem. Aber es gibt ein Problem, das gemeinsam identifiziert werden sollte, nämlich die Leistungsbeurteilungen, und damit einhergehend die leistungsorientierte Bezahlung. Es kann nicht zufriedenstellend sein, festzustellen, dass Frauen typischerweise schlechtere Leistungsbeurteilungen haben und weniger leistungsorientierte Vergütung erhalten. Es muss Gründe dafür geben, und dieser Frage sollte man sich intensiver annehmen, und dort einen Arbeitsschwerpunkt setzen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Geschlechterstereotype ein Grund sind. Daher sollte auch mit den Führungskräften gesprochen und über Schulungen nachgedacht werden. Dies würde den Frauen in der Zukunft in der Breite helfen. Er nimmt Bezug auf das Landesgleichstellungsgesetz und den bei anderen Behörden bestehenden Verzögerungen und fragt, ob es auch beim Kreis Kleve Verzögerungen bei Beförderungen aufgrund von Konkurrentenklagen gibt.

Frau Lamers führt aus, dass es beim Kreis Kleve keine Verzögerungen durch Konkurrentenklagen gibt. Das ist eher im Polizeivollzugsdienst oder in den Finanzverwaltungen der Fall.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 600 /WP14

Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 27.04.2017

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die Vertreterin des Kreises Kleve in der Hauptversammlung der RWE AG am 27.04.2017 wird hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens gebunden. Sie wird den Vorschlägen von Vorstand und/oder Aufsichtsrat der RWE AG zur Tagesordnung bzw. zu evtl. Gegenanträgen zustimmen.
2. Sofern die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH am 26.04.2017 einen hiervon abweichenden Beschlussvorschlag verabschieden sollte, tritt dieser an die Stelle der Ziffer 1.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 628 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat weist darauf hin, dass Satz 2 des Beschlussvorschlages ersatzlos gestrichen wird, da das Einvernehmen mit der Bezirksregierung Düsseldorf hergestellt ist. Er berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Betriebsausschuss Rettungsdienst, der ebenfalls über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt hat.

KTM Giesen berichtet über die Sitzung des Betriebsausschusses Rettungsdienst. Beide Abstimmungsergebnisse, sowohl zum Bedarfsplan als auch zum Wirtschaftsplan, waren einstimmig. Die CDU-Fraktion stimmt den Beschlussvorschlägen zu. Der Kreis Kleve verfügt über einen guten Rettungsdienst. Aber was gut ist, kann noch besser werden. Und das, was vorgestellt wurde, trägt dazu bei. Er weist auf Anlage Nummer 5 und die dort um die Rettungswachen gezogenen Kreise mit einem Radius von 10 Kilometern hin. Diese Kreise überlappen sich. Aber, wer näher an einer Rettungswache wohnt, hat es besser als die, die weiter entfernt wohnen. Dies wird mit dem Bedarfsplan verbessert. Es wird eine neue Leitstelle gebaut. In Emmerich am Rhein wird eine neue Rettungswache gebaut und in Kalkar wird eine Rettungswache errichtet. Materialien, Geräte und Fahrzeuge werden angeschafft. Hinzu kommt eine Aufstockung des Personals um gut 45 Personen, wobei die Ausbildung der Rettungsassistenten noch verbessert wird, die in Zukunft zu Unfallsanitätern ausgebildet werden sollen. Dies alles führt dazu, dass der Rettungsdienst noch besser wird.

KTM Franken erklärt, dass er aus Kranenburg kommt, mit der Besonderheit der Grenzlage. Im Ausschuss wurde schon nachgefragt, wie es mit einer Außenstelle Kranenburg aussieht. Es wurde ausgeführt, dass die Rettungswache Kalkar zu einer Entlastung der Rettungswache Kleve führen wird. Hoffnung ist, dass die Einsatzzeiten nach Kranenburg sich dadurch verringern, da die Einsatzsollzeiten bislang teilweise nicht eingehalten werden. Die SPD-Fraktion wird zustimmen, aber die Entwicklung sorgfältig beobachten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Kleve 2017 (Stand: 08.03.2017) wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Die Verwaltung und die Betriebsleitung werden mit der unverzüglichen Umsetzung des Bedarfsplanes beauftragt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 629 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat weist darauf hin, dass Satz 2 des Beschlussvorschlages ersatzlos gestrichen wird, da das Einvernehmen mit der Bezirksregierung Düsseldorf hergestellt ist. Er berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Betriebsausschuss Rettungsdienst, der ebenfalls über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt hat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan 2017 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 618 /WP14

Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2016 scheidet aus. Eine Härteausgleichssatzung 2016 wird nicht erlassen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 598 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar
Beschlussfassung des Entwurfs als Satzung

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen.

KTM Höhn erklärt, dass es Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach nochmaliger Beratung in der Fraktion nicht möglich ist, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

KTM Weber beginnt seine Ausführungen mit der generellen Feststellung, dass die SPD-Fraktion die Erwartung hat, dass Landrat und Verwaltung zu jedem Punkt, der auf der Tagesordnung steht, auskunftsfähig und auskunftswillig sind. Es kann nicht sein, dass Fragen zu einem bestimmten Punkt nicht gestellt werden dürfen, beziehungsweise nicht mehr beantwortet werden. Dies wäre ein Thema für den Ältestenrat.

Zu dem Landschaftsplan Kalkar führt er aus, dass die Fachausschussmitglieder die Unterlagen 6 Tage vor der Sitzung erhalten haben. Er hat daher im Vorfeld der Sitzung versucht, Gespräche zu führen, um das Verfahren aufgrund des Umfangs der Vorlage derart zu gestalten, dass die Vorlage in der Sitzung des Fachausschusses vorgestellt wird und in der nächsten Sitzung die Beschlussfassung erfolgt. Die CDU-Fraktion wollte eine Vertagung allenfalls auf den Kreisausschuss vornehmen. Insgesamt wurde dann die Meinung vertreten, dass dem Kreisausschuss die Vorlage nicht ohne Empfehlung des Fachausschusses zugeleitet werden kann. Daher erfolgten eine Beratung und eine Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss. Nach diesem Beratungsverlauf war jedem im Fachausschuss bewusst, dass zwar eine Empfehlung an den Kreisausschuss gegeben

wurde, aber man damit nicht am Ende der Beratung war, sondern noch eine Erörterung in den Fraktionen erfolgt, bei der weitere Fragestellungen auftreten können.

Die SPD-Fraktion wird das Gesamtpaket nicht ablehnen, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass sie mit den Ausweisungen, die für den Bereich der Kalflack vorgesehen sind, nicht einverstanden ist.

Es ist bedauerlich, dass eine andere Form der Beratung nicht möglich war.

KTM Düllings nimmt Bezug auf die Ausführungen von KTM Weber. Es wurde im Fachausschuss ein umfangreiches Vorlagenpaket behandelt. Er weist darauf hin, dass es sich nicht um die erste Beratung handelt, sondern der Landschaftsplan bereits seit 2012 beraten und die weiteren Fortschritte im Fachausschuss diskutiert werden. Im Fachausschuss wurde die Frage aufgeworfen, ob man abstimmbereit ist oder eine Fraktion noch Beratungsbedarf hat, um dieser Gelegenheit zu geben, die Dinge zu diskutieren. Die Angelegenheit wäre dann auf den Kreisausschuss vertagt worden. Der Vorsitzende des Fachausschusses, Herr Weber, hat darauf verwiesen, dass nach den umfangreichen Erläuterungen im Fachausschuss, speziell in der Angelegenheit Kalflack, eine allgemeine Zufriedenheit im Fachausschuss festzustellen ist. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde entschieden, eine Beschlussfassung vorzunehmen. Die Mitglieder des Fachausschusses müssen die Fraktion informieren. Ergebnisse aus dem Fachausschuss scheinen nicht weitergegeben worden zu sein. Anders kann er sich die Erlebnisse im Kreisausschuss nicht erklären. Er fragt sich, wie andere Fraktionen mit ihren Fachausschussmitgliedern umgehen. Wenn der Vorschlag vom Fachausschussvorsitzenden kommt, dass kein weiterer Beratungsbedarf besteht und abgestimmt wird, stellt er sich die Frage, ob man an dieser Stelle einen falschen Ausschussvorsitzenden hat. Ob die Fraktion es dabei belässt, ist deren Angelegenheit, aber die Frage darf er stellen, da man ausdrücklich der Empfehlung des Fachausschussvorsitzenden gefolgt ist. Für die CDU-Fraktion ist die Angelegenheit abschließend beraten.

KTM Franken nennt die Ausführungen des KTM Düllings zur Person des Herrn Weber und der SPD-Fraktion eine bodenlose Frechheit und weist diese entschieden von sich. Es mag jahrelange Übung gewesen sein, im Kreisausschuss und Kreistag keine Fragen zu den Sachen mehr zu stellen, aber damit wird das demokratische Recht eines jeden Kreisausschuss- und Kreistagsmitgliedes, entsprechende Fragen zur Sache noch stellen zu dürfen, untergraben. In der Geschäftsordnung steht, dass jedes Kreistagsmitglied auf Fragen eine entsprechende Antwort bekommen soll. Dies zu untergraben, ist bedauernswert. Er stellt fest, dass seine Fragen aus dem Kreisausschuss bislang nicht beantwortet worden sind. Er weist zudem darauf hin, dass weder das Protokoll des Kreisausschusses noch des Fachausschusses vorliegen. Er stellt fest, dass seines Erachtens ein Schreiben des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW als Nachtragsdrucksache hätte zur Verfügung gestellt werden müssen. Er hofft, dass jedem Kreisausschuss- und Kreistagsmitglied auch zukünftig das Recht gewährt wird, Fragen zu stellen und die Fragen entsprechend der Geschäftsordnung auch beantwortet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Hinweisen, Anregungen und Bedenken, die im Rahmen der Offenlage des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar vorgebracht wurden und die Änderungen, die sich aus den Beratungen hierüber ergeben haben, werden zum Beschluss erhoben.
2. Der Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar wird in der offengelegten Fassung einschließlich der geänderten Eintragungen, die sich aus den Beratungen über die Hinweise, Anregungen und Bedenken ergeben haben, als Satzung beschlossen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 594 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen 40.1 – Streutgens Kamp II)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Straelen, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 595 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Wachtendonk (41. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wachtendonk und Aufstellung des Bebauungsplans Wachtendonk Nr. 21 – Holleshof)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss bei 2 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Wachtendonk, dass

- die Fläche der 41. Änderung des Flächennutzungsplans im Geltungsbereich des Landschaftsplans verbleibt und die Grenzen der Landschaftsschutzgebiete L 1 und L 3 nicht verändert werden,
- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird,
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden,

- für den Bau des geplanten Parkplatzes ausschließlich Primärbaustoffe (Natursteinschotter, Kies, Sand o.ä.) verwendet werden und der Parkbereich durch Eingrünung in die Landschaft eingebunden wird.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 599 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15 – Kerken-Rheurdt
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Rheurdt
(10. Änderung des Bebauungsplans Rheurdt Nr. 1 „Meistersweg – An Deckers Nord“)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 15 – Kerken-Rheurdt an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Rheurdt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 614 /WP14

Kreiswettbewerb 2017 „Unser Dorf hat Zukunft“

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss. Er weist ergänzend darauf hin, dass Frau Croonenbroek, die als Vertreterin des Kreistages in der Kreisbewertungskommission in der Vorlage aufgeführt ist, auch die Funktion als stellvertretende Vorsitzende der Kreisbewertungskommission innehat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Kleve führt auch 2017 den Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ durch.
2. Gegen das vorgesehene Verfahren zur Auswahl der Kreissieger werden keine Bedenken erhoben.
3. Die vom Kreis Kleve einzusetzende Bewertungskommission wird mit Vertreterinnen und Vertretern der vorstehend genannten Behörden/Verbände/Vereine besetzt.
4. Für die am Wettbewerb teilnehmenden Ortschaften werden Preise bis zum Gesamtbetrag von 3.000 € zur Verfügung gestellt.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Die Mitteilungsvorlage 616/WP14 wird zur Kenntnis genommen.

Weitere Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung gibt es nicht.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.
